

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	174
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	829/2021
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	12.11.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Herr Pazerat (ASW)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Neufassung des kommunalen Förderprogramms "Schaffung von Wohnraum zur Miete"		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 13.10.2021, GRDRs 829/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das kommunale Förderprogramm Schaffung von Wohnraum zur Miete wird fortgeschrieben und neu gefasst. Die aktualisierten Richtlinien der Landeshauptstadt Stuttgart für die kommunale Förderung zur Schaffung von Wohnraum zur Miete wird gemäß Anlage 1 beschlossen.
2. Die Richtlinie tritt mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und gilt für alle Anträge, die ab diesem Zeitpunkt beim Amt für Stadtplanung und Wohnen eingehen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

StRin Fischer (90/GRÜNE) betont, das Programm gehe auf Anträge ihrer Fraktion von 2018 zurück. Positiv bewertet sie, dass so bislang insgesamt 60 neue Wohneinheiten hinzukämen und eventuell noch 32 weitere geschaffen werden könnten. Der Neuausrichtung und den Präzisierungen stimme ihre Fraktion zu. Grundsätzlich sollte das Programm stärker beworben werden.

Auch StR Stradinger (CDU) begrüßt das neugefasste Programm. Jeder gewonnene Wohnraum in Stuttgart sei hilfreich. Allerdings hätte er mehr Kleinwohnungen erwartet.

StR Conzelmann (SPD) schließt sich den lobenden Worten an. Die Beendigung der Variante 2 sei aus seiner Sicht richtig, ebenso die Klarstellung über die Miethöhe unter Ziffer 4.3. Hier ergebe sich für ihn aber die Frage, ob die ortsübliche Vergleichsmiete sich auf den Mittelwert des qualifizierten Mietspiegels beziehe. Dies bejahen die Bürgermeister Fuhrmann und Pätzold.

Im Namen ihrer Fraktion begrüßt auch StRin Tiarks (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) das Förderprogramm, wenngleich sie bedauert, dass die SWSG nun nicht mehr einbezogen sei. Ihrer Fraktion stelle sich die Frage, welche Mittel man benötigen würde, wenn man über dieses Programm auch die Schaffung von Sozialmietwohnungen mit längerer Bindungsdauer unterstützen würde.

StR Puttenat (PULS) hält - wie auch schon StRin Fischer - eine stärkere Bewerbung des sinnvollen Programms für notwendig.

Herr Pazerat bedankt sich zunächst für die Anregungen, insbesondere die einer verstärkten Werbung. Zum Start des Programms sei im Amtsblatt, bei Haus & Grund und in den sozialen Medien geworben worden. Dies habe man in letzter Zeit etwas vernachlässigt, was jedoch wieder verbessert werden solle.

Das Programm sei sehr beratungsintensiv, denn es handle sich hier um Privateigentümer, die mit diesem Thema keine Erfahrungen hätten. Bis August seien über 170 Anträge gestellt worden, aus unterschiedlichen Gründen sei oft kein Wohnraum bzw. kein Wohnraum zu den städtischen Konditionen geschaffen worden. Er räumt ein, das Ziel, jährlich 40 Wohnungen zu generieren, sei ambitioniert. Anhand des neuen Mietspiegels lasse sich die durchschnittliche ortsübliche Vergleichsmiete sehr gut ermitteln.

Gegenüber StRin Tiarks legt er dar, bislang sei noch niemand auf die Idee gekommen, Sozialmietwohnungen zu schaffen. Dafür würde es zusätzlich Landeszuschüsse geben. Die Garantie-Mietverträge des Sozialamts setzten auf dem Programm des Amts für Stadtplanung und Wohnen auf.

Auf Nachfrage von StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) führt Herr Pazerat aus, ein und dieselbe Maßnahme, z. B. eine Dämmung des Dachs, solle nicht zweimal gefördert werden. Das bedeute, wenn die Stadt den Dachausbau mit den Investitionskosten fördere, könne man nicht gleichzeitig noch einen Antrag im Energiesparprogramm stellen. Dies sei im Programm nun präzisiert worden.

StR Conzelmann gegenüber bestätigt er, eine Landesförderung, z. B. für die Umwandlung gewerblicher Räume in Wohnraum, wäre mit dem städtischen Programm kombinierbar.

BM Fuhrmann stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWSG
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion